

PRESSEMITTEILUNG

Auf der Jahres-Pressekonferenz des Wirtschaftsrates der CDU e.V., erklärte der Präsident Prof. Dr. Kurt J. Lauk u.a.:

„EU-Fiskalpakt noch vor der Sommerpause verabschieden“

„Bemerkenswert ist, dass in der Umfrage des Wirtschaftsrates unter seinen Mitgliedern 84 Prozent die Europapolitik als Stärke der Union sehen. Die FDP kommt lediglich auf 30, die SPD auf 19 und die Grünen auf 14 Prozent. Der von Angela Merkel verhandelte EU-Fiskalpakt mit den verbindlichen Schuldenbremsen kann nach Meinung von 91 Prozent der Mitglieder zu einem wesentlichen Stabilitätspeiler der EU werden und sollte noch vor der parlamentarischen Sommerpause verabschiedet werden. Wenn die Opposition ihre Zustimmung von dem Geschacher um weitere Bedingungen abhängig macht, handelt sie unverantwortlich.

86 Prozent der befragten Mitglieder fordern die Möglichkeit, dass EU-Länder bei Nichteinhaltung zugesagter Konsolidierungs-Maßnahmen aus der Eurozone ausgeschlossen werden können. 85 Prozent lehnen die Einführung von Eurobonds ab, wenn dies für die soliden Staaten wie Deutschland die Schuldenaufnahme verteuern würde. Lediglich acht Prozent wären dafür, sieben Prozent sind unentschieden. Dauersubventionen der Gemeinschaft, um Länder in der EU zu halten, lehnen 84 Prozent ab, acht sind dafür, ebenso acht Prozent sind unentschieden.

Nach Meinung von 87 Prozent der Mitglieder sollte sich die Europäische Zentralbank (EZB) wieder auf ihre Kernaufgabe, die Sicherung der Preisniveaustabilität fokussieren. Es ist nicht ihre Aufgabe, Staaten zu finanzieren. Die Krise lässt sich nicht mit Hilfe der Notenpresse lösen. 76 Prozent lehnen es ab, dass die EZB in Zukunft höhere Inflationsraten in Kauf nimmt.

82 Prozent sind dagegen, dass die EZB Staatsanleihen von Krisenländern aufkauft. Die EU-Kommission hat sich zur Sprecherin der armen Länder aufgeschwungen und legt immer neue Vorschläge vor, wie diese den reichen Staaten in die Tasche greifen können. Da sagt die Bundeskanzlerin zu recht: Nein! Sie zeigt klare Kante gegen jeden Ansturm, Europa endgültig zu einer Schulden- und Transferunion zu machen. Eurobonds sind eine nette Umschreibung der Südländer, Deutschland in die Haftung zu nehmen. Das ist und bleibt ohne die Aufgabe von nationalen Kompetenzen an Europa jedoch für den Wirtschaftsrat indiskutabel.

Der Wirtschaftsrat begrüßt den spanischen Antrag mit seinen Banken unter den Schirm zu gehen. Das verlangt ein umfassendes Transparenz-Paket von der spanischen Regierung. Vor allem muss analysiert werden, welche Banken wirklich gerettet werden können. Wir können nicht dauerhaft marode Zombie-Banken mit Krediten künstlich am Leben erhalten.“

Berlin, 11. Juni 2012

Kontakt:

Erwin Lamberts

Pressesprecher

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Tel.: 030 / 24 087 – 301, Fax: 030 / 24 087 – 305,

E-Mail: e.lamberts@wirtschaftsrat.de